



Brigitte Gräbner  
Ringmauerstraße 2  
63755 Alzenau-Hörstein  
Tel: 06023 8362  
Fax: 06023 320443  
E-Mail: [brigitte.graebner@t-online.de](mailto:brigitte.graebner@t-online.de)


Alzenau, den 11.02.2011

Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion Aschaffenburg:

## **SPD-Kreistagsfraktion für Klageerhebung gegen Staudinger – Landkreis Aschaffenburg muss aktiv werden!**

**Kreis Aschaffenburg:** Die Sozialdemokraten im Landkreis Aschaffenburg und insbesondere die SPD-Kreisräte sehen den Landkreis gegenüber den Bürgern in der Pflicht, die Möglichkeiten für eine Klageerhebung gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Erweiterung des Kraftwerks Staudinger zu prüfen. Anspruch auf Unterstützung haben aus Sicht der Fraktionsvorsitzenden Brigitte Gräbner nicht nur die Bürger/innen von Alzenau in der Hauptwindrichtung, die bei erhöhtem Schadstoffausstoß aus Richtung Großkrotzenburg um die Produktqualität der örtlichen Land- und Forstwirtschaft sowie des Weinbaus fürchten müssten. Vielmehr habe der gesamte Kahlgrund mit erhöhter Belastung an Luftschadstoffen zu rechnen.

Bemerkenswert nennen die Sozialdemokraten, dass der Regierungspräsident in Darmstadt zwar Gutachten vom Staudinger-Betreiber EON zu den meteorologischen Verhältnissen über die Kühltürme – insbesondere Prognosen für den 180-Meter-Kühlturm des Blocks 6 – nachforderte, aus den vorliegenden Ergebnissen aber nicht die nötige Konsequenz gezogen habe. So seien insbesondere die Befürchtungen nicht ausgeräumt, dass erhöhter Stickstoffeintrag das wertvolle FFH-Gebiet „Alzenauer Sande“ beeinträchtige. Auch ist ein wasserrechtliches Verfahren zur Quecksilberbelastung des Mains noch nicht abgeschlossen.




## SPD - Kreistagsfraktion

Abgesehen von der Solidarität mit der Stadt Alzenau, die zusammen mit Hanau und Hainburg vor Gericht ziehen will, verpflichtet den Landkreis aus Sicht von Brigitte Gräbner die überörtliche Betroffenheit. „Es scheint geboten, dass der Landkreis als Wahrer der Interessen seiner Städte und Gemeinden und der dort lebenden Menschen agiert“, begründete die Fraktionsvorsitzende einen Antrag der SPD. Darin wird Landrat Dr. Ulrich Reuter aufgefordert zu prüfen, ob und inwieweit die Ende 2010 erteilte Teilgenehmigung für den Staudinger-Block 6 die Rechte des Kreises verletzt und so eine Klage oder zumindest eine Unterstützung der kommunalen Klagegemeinschaft gerechtfertigt ist.

Eine besondere Verpflichtung gegenüber den Bürgern erwächst dem Landkreis aus Sicht der SPD auch, weil er sowohl im Raumordnungs- als auch im immissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren Einwendungen gegen Block 6 erhoben hat und damit nun klageberechtigt ist. Diese Möglichkeit sei allen Nicht-Einwendern, also der Mehrzahl der Bürger, verbaut.

In seinen Einwendungen habe der Landkreis sowohl ein Standortgutachten zur Klärung der Windverhältnisse gefordert als auch eine rechtlich bindende Anweisung an den Kraftwerksbetreiber EON, den Schadstoffausstoß bei Staudinger zu senken, erinnert die Kreistagsfraktion. Diese Forderungen seien so aktuell wie eh und je. Bei der Schadstoffminimierung habe sich der Regierungspräsident mit dem „Versprechen“ von EON zufrieden gegeben, die Immissionen mit Block 6 seien nicht höher als bisher mit den Blöcken 1 bis 3. Die dabei zugrunde gelegten langjährigen Durchschnittswerte berücksichtigten aber nicht, dass Block 2 aktuell in „Kalter Reserve“ liege, der derzeitige Ist-Ausstoß also niedriger sei und dementsprechend mit Block 6 steigen werde.

Die Klage-Strategie für den Landkreis Aschaffenburg könne nach entsprechender Prüfung darauf ausgerichtet werden, dass die Einwände des Landkreises im Genehmigungsverfahren von der hessischen Behörde unzureichend oder gar nicht berücksichtigt worden seien, erläuterte Brigitte Gräbner. Die Bündelung des Sachverstands der drei bisher klagenden Kommunen, des Landkreises und der Vertretung



## SPD - Kreistagsfraktion

durch den Rechtsanwalt Mathias Möller-Meinecke werde zu einer größeren Durchschlagskraft führen. Wichtig sei es auch, Präsenz auf der Informationsveranstaltung mit den drei Bürgermeistern nebst Rechtsanwalt am Mittwoch, 16. Februar, ab 19 Uhr in der Lindenau-Halle in Hanau-Großauheim zu zeigen.

Nicht zuletzt verweisen die Sozialdemokraten auf das Verhalten anderer Kommunen in der Grenzregion. Der Kreistag des Kreises Offenbach habe am 9. Februar einen Antrag ähnlich dem jetzt vorliegenden SPD-Entwurf einstimmig verabschiedet. Angeregt von SPD und CDU, sichert dieser Beschluss der Gemeinde Hainburg Solidarität zu. Die Stadt Seligenstadt klagt gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 7. Februar zwar nicht selbst, stellt aber 10.000 Euro zur Unterstützung zur Verfügung. Nach Berechnungen der Stadt Alzenau werden die Prozesskosten einschließlich Anwaltshonorar schlimmstenfalls zwischen 60.000 und 100.000 Euro liegen.

„Will der Landkreis Aschaffenburg seine Rechte wahren, ist freilich Eile geboten“, mahnte Brigitte Gräbner. Die Klagefrist ende am 14. März. Die SPD-Kreistagsfraktion erwartet daher für die Sitzung des Umweltausschusses am 3. März konkrete, beschlussfähige Vorschläge der Verwaltung für eine Klageerhebung.

Verantwortlich für den Inhalt  
gez.: Brigitte Gräbner